Taschenbuch des
Grenz- u. Auslanddeutschtums Heft 15

In Verbindung mit A. Hillen Ziegfeld und Heinz
Hendriock herausgegeben von K. C. von Loesch



Ostpreußen · Soldau

Edwin Runge Verlag, Berlin-Lichterfelde

Inhaltsübersicht über das

Taschenbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums

In Verbindung mit A. Hillen Ziegfeld und Heinz Hendriock herausgegeben von K. C. von Loesch.

Heft 1 Einleitung: Gesamtübersicht
" 2 Statistik des Deutschtums
" 3 Die deutschen Westlande 1)
" 4 Eupen und Malmedy 1)
" 5 Luxemburg 1)
" 6 Deutschlothringen 1)
" 7 Elsaß 2)
" 8 Das Saargebiet 1)
" 9/10/11 Die besetzten Gebiete Rheinpreußen, Rheinhessen, Rheinpfalz } erscheint nicht
" 12 Die Deutschschweizer 1)
" 13 Nordschleswig 1)
" 14 Danzig 1)
" 15 Ostpreußen-Soldau 5)
" 16 Memel und die Deutschen in Großlitauen
" 17/18 Die Deutschen in Westpreußen und Posen (abgetretene Gebiete)
" 19 Oberschlesien 2)
" 20 Das lettländische Deutschtum 1)
" 21 Das Deutschtum in Estland 1)
" 22/23 Die Deutschen in Polen
Heft 24 Die Deutschen in Sowjet-Rußland 3)
" 25/28 Die Deutschen in der Tschechoslowakei: 4) Die Sudetendeutschen (Böhmen, Mähren, Schlesien) Die Deutschen i. d. Karpathenländern der Tschechoslowakei
" 29 Die Deutschen in Ungarn
" 30 Das Deutschtum in Großrumänien 1)
" 31 Das Burgenland 1)
" 32/33 Die Deutschen in Südslavien
" 34 Kärnten 1)
" 35 Deutsch-Südtirol 1)
" 36/37 Das Deutschtum in Angloamerika 2)
" 38/39 Das Deutschtum in Lateinamerika 4)
" 40 Das Deutschtum in Australien 1)
" 41/42 Die Kolonialdeutschen 2)
" 43/44 Die deutschen Handels- und Gewerbe-Kolonien im Auslande 1)
" 45 Gesamtregister

Änderungen vorbehalten.

Preise der Hefte:

1) Mk. -.50; 2) Mk. 1.-; 3) Mk. 1.50; 4) Mk. 2.-; 5) Mk. -.75

Ostpreußen Soldau



Von

Max Worgitzki



Ostpreußen / Dargestellt von A. Hillen Ziegfeld

Ostpreußen — Soldau.

Statistik

Nach dem Gebietsstand vom 16. Juni 1925, das heißt, nach Vereinigung mit den östlich des Korridors gelegenen und Deutschland verbliebenen Restkreisen der zerschlagenen Provinz Westpreußen, andererseits nach Verlust des Memellandes, des Gebiets von Soldau und acht Dörfern infolge der Volksabstimmungen 1920, ist Ostpreußen 37046,5 qkm groß. Davon sind 26283 qkm landwirtschaftlich genutzte, 6300 qkm forstwirtschaftlich genutzte Fläche, 1163 qkm Seen von mehr als 5 ha Wasserfläche.

Nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 war die Zahl der Bewohner Ostpreußens 2258324, davon 1085706 männlichen und 1172618 weiblichen Geschlechts. Bevölkerungsdichte 60,96 Einwohner auf 1 qkm.

Konfessionelle Gliederung der Bevölkerung: Evangelisch 1764357, katholisch 347009, israelitisch 12712, andere Bekenntnisse 23264.

Soziale Gliederung (Berufszählung 1907 auf den Gebietsstand von 1925 umgerechnet). Es waren beschäftigt in Land- und Forstwirtschaft 464188, Industrie und Baugewerbe 157505, Handel und Verkehr 70440, persönlichem Dienst 15761, öffentlichem Dienst und freien Berufe 62307. Rentner und Pensionäre waren vorhanden 121071.

Grundbesitz und Wirtschaft.

Ostpreußen ist überwiegend Agrarland. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfallen auf den Kleingrundbesitz (bis 20 ha) 24,1 %, Mittelgrundbesitz (20—100 ha) 38,8 %, Großgrundbesitz (über 100 ha) 37,1 %.*) Industrielle Betriebe von Bedeutung sind nur in Königsberg und Elbing vorhanden (eisenverarbeitende Werke, Werften, Zellstoffabriken). Ferner über die ganze Provinz verstreut: kleinere Maschinenfabriken, Mühlen- und Ziegelwerke, Molkereien, Brennereien, Brauereien und einige Zuckerfabriken. Größeren Umfangs ist die Holzindustrie im Regierungsbezirk Allenstein und in Tilsit.

Verkehr.

Ostpreußen besitzt nur einen Seehafen, Königsberg-Pillau. Binnenhäfen und Binnenwasserstraßen sind nur in geringem Maße vorhanden und durchaus unzureichend. Das Eisenbahnnetz dagegen ist ausgedehnt und verhältnismäßig engmaschig.

---

*) Diese Anteilsberechnung stützt sich auf die von der Reichsstatistik gewählten Größenklassen. Bei den ostpreußischen Bodenverhältnissen kann man aber nach Prof. Hansen die Grenze der Großbetriebe nicht bei 100 ha, sondern frühestens bei 150 ha ansetzen. In diesem Falle würde sich der auf die Großbetriebe entfallende Anteil auf 28,85 % ermäßigen.

Verwaltung und politische Vertretung.

Ostpreußen besitzt 78 Städte, 4714 Landgemeinden und 2228 Gutsbezirke. Die Provinz ist in vier Regierungsbezirke eingeteilt, Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Westpreußen (Hauptstadt Marienwerder), die zusammen 37 Landkreise und 5 Stadtkreise zählen.

Die politischen Parteien erzielten bei der Wahl zum Reichstag am 7. Dezember 1924: Deutschnationale Volkspartei 392 377, Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 62 236, Deutsche Volkspartei 89 754, Zentrum 80 358, Deutsch-demokratische Partei 39 890, Sozialdemokratische Partei 208 433, Kommunisten 80 662, Wirtschaftspartei 23 586, Deutsche soziale Partei und Reichsbund für Aufwertung 7 810, Polnische Volkspartei 6 006, Masurische Vereinigung (polnisch) 542 Stimmen.

Landeskundliches

Das Antlitz der ostpreußischen Erde ist von der Eiszeit gezeichnet. Die Grundmoränenlandschaft des nördlichen Teils ist eben und weist nur einzelne Erhebungen auf. Tief eingeschnitten sind die Flußtäler des Pregels und der Alle mit ihren Nebenflüssen. Dieser Ebene vorgelagert ist im Süden der Endmoränenwall des Baltischen Höhenrückens. Er stellt sich dar als ein in seiner Regellosigkeit reizvolles Gewirr von Kuppen, Hügeln und Hügelketten, zwischen denen viele Hunderte von Seen eingebettet liegen: kreisrunde Kolke, schmale und tiefe, stromartige Rinnenseen und breit sich dehnende Landseen. Der größte von ihnen, der Spirdingsee, ist 153 qkm groß. Wo zu Hügeln und Seen noch der uralte Forst sich gesellt, entwickelt diese Landschaft Schönheiten von eigenartiger Ausdrucksstärke. Zwischen Höhenrücken und Südgrenze der Provinz ist dann noch eine flache Ebene gebreitet, die von Mooren vielfach durchsetzt, im übrigen von einer starken Schicht unfruchtbarsten Schwemmsandes bedeckt ist. Die Schmelzwasser des weichenden Inlandeises spülten ihn von den Höhen des Endmoränenwalles herunter und trugen ihn weit zum Süden bis in das Narewtal.

Zwischen Weichseldelta und dem Memeler Tief dehnt sich in einer Länge von 200 Kilometern Ostpreußens Meeresküste. Eigenartig ist auch sie gestaltet. Weit in die See hinausgestellt liegt in ihrer Mitte das viereckige Massiv der samländischen Hochebene. Sechzig Meter hoch steigt ihre Steilküste aus dem Meere auf. Von diesem breitfüßigen Mittelpfeiler aus ziehen nach Nord und Süd die schmalen Dünenbänder der Kurischen und Frischen Nehrung, die die beiden gleichnamigen Haffe von der See trennen. Das Kurische Haff nimmt das Wasser der Memel auf und ist

mit der See nur durch das enge Memeler Tief verbunden. Alle innerostpreußischen Flüsse dagegen führen ihr Wasser dem Frischen Haff zu, das ebenfalls nur eine einzige Verbindung mit dem Meere durch das Pillauer Tief besitzt. Dadurch aber, daß ein Seitenarm des Pregels, die Deime, in das Kurische Haff mündet, andererseits die Weichsel einen Mündungsarm, die Nogat, in das Frische Haff entsendet, ist eine natürliche Verbindung zwischen Weichsel- und Memelstrom gegeben, die einst nicht nur für Handel und Verkehr von Bedeutung war, sondern auch bei der Eroberung des Landes durch den Orden und in seinen späteren Kämpfen mit den Litauern eine große Rolle spielte. Die samländische Steilküste wie die Dünenlandschaft der Nehrungen, im besonderen der Kurischen Nehrung, bieten Schönheiten von stärkstem Reiz und eigenartigstem Charakter.

Als diluviales Gebilde hat Ostpreußen an Bodenschätzen so gut wie nichts aufzuweisen, nur die Gesteinsablagerungen in dem Endmoränenschutt oder die reichen Vorkommen von Wiesenkalk und Sumpferz (Raseneisenstein) im südlichen Masuren. Braunkohle in einzelnen versprengten Schollen lohnte den Abbau nicht. Aber diese Boden„schätze" spielen volkswirtschaftlich nur eine geringe Rolle — das gilt sogar für den spezifisch ostpreußischen Bodenschatz, den Bernstein. Eine Industrie läßt sich auf ihnen nicht aufbauen. Darum ist Ostpreußen ein ausgesprochenes Agrarland. Wirtschaftliche Bedeutung geben ihm die fruchtbare Ebene des Nordens, ihr hochkultivierter Ackerbau, Vieh- und Pferdezucht und der Waldreichtum des Südens. Von geringerem, aber immerhin beachtlichem Wert ist daneben nur noch der Fischfang in den masurischen Seen — Ausfuhr nach Polen — und in den Haffen.

Geopolitisches

Die Geschichte Ostpreußens ist beeinflußt, wenn nicht bedingt durch seine Lage, wie durch seine diluviale Bodengestaltung. Ostpreußen liegt an der Schwelle Osteuropas, dort, wo die Küste der Ostsee nach Norden umbiegt. Es liegt einerseits im Zuge der großen europäischen Mittelachsenlinie, die in ostwestlicher wie in westöstlicher Richtung als Völkerstraße wie als Verkehrs- und Handelsstraße für die geschichtliche Entwicklung Europas von größter Bedeutung war und noch ist. Es liegt andererseits aber auch gerade dort, wo eine zweite, südnördliche Linie die westöstliche schneidet. Es ist das jene ebenso uralte Verkehrs- und

Handelsstraße, die vom Schwarzen Meer, dem Lauf des Dnjestr folgend, zur Südküste der Ostsee hinstrebt und sie in der Danziger Bucht erreicht. Diese Linie stellt die kürzeste Entfernung zwischen Schwarzem Meer und Ostsee, das heißt gleichzeitig die kürzeste Verbindung zwischen dem nahen Orient und Mittel- und Nordeuropa dar.

Auch Ostpreußens Lage zwischen zwei breiten Strömen, Weichsel und Memel in West und Ost, einer hafenarmen und schwer zugänglichen Küste im Norden, dem Wald- und Seengürtel mit dem anschließenden Sumpftal des Narew im Süden hat Ostpreußens Geschichte beeinflußt. Von vier Seiten durch natürliche und für damalige Zeiten schwer zu überwindende Hindernisse geschützt, wurde Ostpreußen der letzte Schlupfwinkel des Heidentums in Europa und bot dadurch den Anlaß zu dem folgereichen Kreuz- und Eroberungszug des deutschen Ritterordens.

Und endlich hat sich die diluviale Bodengestaltung Ostpreußens, die durch sie hervorgerufene Verschiedenheit in der Bodenbeschaffenheit entscheidend ausgewirkt in der Besiedlung des Landes durch den Orden und in der nationalen Zusammensetzung seiner Bevölkerung.

Es sind also drei geopolitische Kraftlinien, die das Geschehen in Ostpreußen ausschlaggebend bestimmen. Seine Geschichte ist geradezu ein Schulbeispiel geopolitischer Gebundenheit und gerade darum bedeutungsvoll für die Beurteilung seiner gegenwärtigen Lage wie seiner Zukunft.

Ostpreußens Geschichte

Spät erst, im Jahre 1230, tritt Ostpreußen in das Licht der Geschichte. Zwar werden Land und Bewohner auch vorher schon erwähnt, sogar schon bei römischen Schriftstellern; man hört auch von Entdeckungsfahrten kühner Seefahrer, wie von Bekehrungsversuchen durch furchtlose Kreuzprediger — im Jahre 997 wurde der Bischof Adalbert von Prag an der samländischen Küste erschlagen —, aber die eigentliche ostpreußische Geschichte beginnt erst, als 1230 der deutsche Ritterorden bei Thorn an der Weichsel erschien und von dort aus in fünfzigjährigem, blutigem und höchst wechselvollem Ringen das Land eroberte. Der militärische Erfolg wird gesichert durch eine großzügige und planmäßige Besiedlung des Landes mit deutschen Bauern und Bürgern. Die Bedeutung dieses geschichtlichen Vorganges liegt darin, daß damals auf ostpreußischem Boden die letzten Ausläufer zweier großer Bewegungen aufeinandertrafen und sich zum

gemeinsamen Werk vereinigten: die Kreuzzugsbewegung und die Ostwanderung der Deutschen. Zwei Bewegungen, die, seit Jahrhunderten im Gange, die geschichtliche Entwicklung Europas im Mittelalter richtunggebend und nachhaltig bestimmten. Die beide zu dem genannten Zeitpunkt dem Verebben bereits nahe waren und nun gleichsam in einem letzten und gemeinsamen Aufflammen einen Erfolg erzielten, den der Orden aus eigener Kraft gewiß nicht hätte erringen können. Wohl aber verbleibt ihm das unbestrittene Verdienst, dieses letzte Aufflammen herbeigeführt und ihm ein neues Ziel gewiesen zu haben, gleichzeitig aber ihm ein Führer gewesen zu sein von stärkster, unbeirrbarer Zähigkeit und wahrhaft staatsmännischem Geschick und Weitblick.

Nach Preußen gerufen wurde der Orden durch den polnischen Teilfürsten Konrad von Masovien, der sich der Angriffe der heidnischen Altpreußen nicht mehr zu erwehren wußte. Wichtig ist die Feststellung, daß der Orden dem Rufe erst folgte, als sein Besitzrecht an dem zu erobernden Lande durch Verträge mit dem Fürsten Konrad, wie durch kaiserliche Belehnung sichergestellt war. Die Kurie erklärte etwas später das Land als Lehen Petri und ließ das Kreuz predigen. Mit solcher Hilfe gelang es dem Orden, das Land nicht nur zu erobern, sondern auch noch einmal Hunderttausende aus fast allen deutschen Stämmen zum „Ritt nach dem Osten“ zu begeistern. Viele Tausende deutscher Dörfer und Städte wurden gegründet, und so entstand in dem Lande zwischen Weichsel und Memel nicht nur ein neuer deutscher Staat, sondern auch ein neuer deutscher Stamm. Beide entwickelten sich in kurzer Zeit zu hoher Blüte.

Es dürfte im Rahmen dieser kurzen Abhandlung genügen, außer diesen Grundlinien der ostpreußischen Geschichte nur noch einige wichtige Vorgänge zu zeichnen, die in ihren Folgen sich bis auf den heutigen Tag auswirken. Der wichtigste ist der Erwerb Pommerellens, des späteren Westpreußens, im Jahre 1309. Die Vereinigung von Pommerellen mit Preußen wirkte sich in zwei Richtungen bedeutungsvoll aus. Geopolitisch betrachtet, stellen beide Gebiete als Mündungsgebiet der Weichsel eine Einheit dar. Denn ein Strom trennt nicht, sondern verbindet. Jetzt war diese Einheit auch staatlich hergestellt, und jetzt erst konnte die untere Weichsel die Aufgabe erfüllen, die jedem Strom

von Natur gestellt ist: Hauptschlagader seiner Landschaft zu sein. In der Tat folgte der Vereinigung von Pommerellen und Preußen ein Zeitabschnitt stärksten wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwunges für beide Teile. Daß es richtig ist, diesen Aufschwung auf das geopolitische Gesetz von der Verbundenheit, der Einheit der Ufergebiete eines Stromes zurückzuführen, beweist wohl am besten die Tatsache, daß dieser Vorgang sich 1772 mit den gleichen günstigen Folgen wiederholte. So oft er dagegen gewaltsam in sein Gegenteil verkehrt wurde, wirkte er sich auch gegenteilig aus. Der zweite Thorner Friede 1466, der Pommerellen und Ostpreußen voneinander riß und die Weichsel zur Grenze zwischen ihnen machte, bedeutete für beide Teile den Beginn eines Niederganges, der sich im Laufe von drei Jahrhunderten so verhängnisvoll auswuchs, daß seine Spuren noch heute sichtbar sind. 1772 wieder vereint, erlebten beide Gebiete einen neuen Zeitabschnitt des Aufblühens. Dann aber kam das Friedensdiktat von Versailles und schuf in gedankenloser Nachahmung des genannten Gewaltfriedens von Thorn zum zweiten Male einen polnischen Korridor. Die ersten sechs Jahre, die darüber vergangen sind, haben bereits klar erwiesen, was nach dem oben Ausgeführten leicht vorauszusehen war: beide Gebiete, nun zum zweiten Male voneinandergerissen, sind mit unerbittlicher Zwangsläufigkeit erneut auf die Bahn des Niederganges gedrängt.

Doch um zu dem Ausgangspunkt dieser Betrachtung zurückzukehren: Das Jahr 1309, das dem Orden den Erwerb Pommerellens und damit gleichzeitig die unmittelbare Landverbindung mit dem deutschen Mutterlande brachte, gab dem Ordensstaate die verbreiterte Grundlage, auf der aufbauend er sich in wenigen Jahrzehnten zu einem der mächtigsten Staaten Europas entwickeln konnte. Auf der anderen Seite aber bedeutete das Jahr 1309 das Entstehungsjahr jenes deutsch-polnischen Gegensatzes, der sechs Jahrzehnte hindurch unheilvoll für beide Teile sich auswirkte, dem Ordensstaate zum Verderben wurde, bei der Schaffung des heutigen Korridors die entscheidende Rolle spielte, und erst dann beseitigt werden wird, wenn es gelingt, ihn mit der Wurzel auszuräumen. Es ist oben in der kurzen geopolitischen Betrachtung darauf hingewiesen worden, daß im unteren Weichseltal die westöstliche Völker- und Verkehrsstraße geschnitten wird von jener südöstlichen, die vom Schwarzen Meer als kürzeste Verbindung zur Ostsee führt. Im Zuge

dieser letztgenannten Straße liegt der Wohnraum des Binnenlandvolkes der Polen. Die Polen sind Westslawen. Sie vereinigen in ihrem Volkscharakter west- und mitteleuropäische Aktivität mit der den Slawen eigenen, gefühlsmäßigen Hemmungslosigkeit. In ihm ist daher auch der unbeherrschte Ausdehnungsdrang begründet, der die Polen vom ersten Tage ihrer Geschichte an dazu treibt, den Rahmen ihrer nationalen Grenzen gewaltsam zu sprengen. Ganz überwiegend aber sucht dieser Ausdehnungsdrang seine Ziele im Zuge jener Nordsüdstraße. Ein Polen von der Ostsee zum Schwarzen Meere zu schaffen, ist der Leitsatz aller polnischen Politik. Da ihm jegliche innere Berechtigung fehlt, hat er über vorübergehende Erfolge hinweg immer wieder zum Mißerfolg geführt, Ströme von Blut sind ihm seit tausend Jahren nutzlos geopfert worden, und dennoch spukt er heute noch unausrottbar in den Köpfen polnischer Politiker.

Der zweite der geschichtlich bekannten polnischen Könige, Boleslaw der Kühne, unternahm bereits den ersten erfolgreichen Vorstoß an die pommersche Küste. Aber der junge polnische Staat vermochte sie nicht für die Dauer zu halten. Alle späteren Versuche, in Pommerellen das Meer zu erreichen, schlugen fehl. Als aber auch die günstige Gelegenheit von 1294, d. h. das Aussterben des pommerellischen Herrscherhauses, den ersehnten Erfolg nicht brachte, sondern als an ihrer Statt der Orden das Erbe antrat, da erkannten die Polen die entscheidende Bedeutung dieses Vorganges sehr wohl. Die deutsche Ostwanderung, die überall die westliche Grenze Polens, von Schlesien bis Pommern erreicht, im Norden in Ostpreußen sich einen starken Eckpfeiler geschaffen hatte, und sogar im Baltikum erfolgreich vordrang, hatte jetzt die Möglichkeit, die Lücke im Weichseltal zu schließen. Es galt also für Polen, entweder für alle Zeiten auf seine ehrgeizigen Pläne, den Besitz eines Teiles der Ostseeküste, zu verzichten, oder noch im letzten Augenblick den sich schließenden deutschen Wall zu durchbrechen. Polen entschloß sich für das letztere, obwohl es sich sagen mußte, daß es damit den Kampf mit einem ganz anderen Gegner aufnahm, als wie bisher mit den kleinen slawischen Fürstentümern, nämlich den Kampf mit dem Deutschtum. Einen Kampf, der heute, 600 Jahre später, noch nicht beendet ist. Aber zunächst erzielte Polen einen starken Erfolg, weil es in diesem ersten Abschnitt der deutsch-polnischen Auseinander-

setzung keineswegs sich dem Deutschtum gegenübergestellt sah, sondern nur einem einzelnen deutschen Staat. Das deutsche Volk des fünfzehnten Jahrhunderts war viel zu sehr in sich zerrissen, es fehlte ihm die Leitung, es fehlte ihm jegliche politische Linie, und daher auch jedes Verständnis dafür, daß an der Weichsel um eine deutsche Schicksalsfrage gerungen wurde. Der Orden war auf sich allein gestellt. Er erlag der Uebermacht, die Polen sich durch seine Vereinigung mit Litauen geschaffen hatte, in der Katastrophe von Tannenberg 1410. Den Todesstoß empfing er aber erst, als zu dieser Uebermacht sich 40 Jahre später noch ein Teil der eigenen Untertanen, Adel und Städte, gesellten. Den dreizehnjährigen Städtekrieg beendete der zweite Thorner Frieden, in dem der Orden ganz Pommerellen und auch Gebietsstücke östlich der Weichsel mit der Marienburg abtreten mußte. Das Bistum Ermland, im Herzen Ostpreußens gelegen, unterstellte sich der Krone Polens, und auch der Orden mußte ihre Lehnshoheit anerkennen. Die letzten Hochmeister waren zwar bemüht, die schimpfliche Verpflichtung abzuschütteln, jedoch ohne Erfolg. Albrecht von Brandenburg wandelte schließlich auf den Rat Luthers den Ordensstaat 1525 in ein weltliches Herzogtum um. Gleichzeitig wurde die Reformation in Preußen durchgeführt.

Die Aenderung der Staatsform brachte dem Ordenslande keine Erleichterungen außenpolitischer und wirtschaftlicher Art. Von dem Lehnsverhältnis zur polnischen Krone vermochte auch der neue Herzog von Preußen sich nicht zu befreien. So wurde das Land in den folgenden Jahrhunderten immer wieder mit hineingerissen in die kriegerischen Verwickelungen des polnischen Staates und hat unsagbar gelitten. Bedeutungsvoll aber war es, daß die Umwandlung des Restteiles des Ordensstaates in ein Herzogtum gerade von einem Hohenzollern durchgeführt wurde. Dadurch wurde die spätere Vereinigung (1618) Preußens mit Brandenburg vorbereitet und die Grundlage des preußisch-brandenburgischen Staates geschaffen. Nachdem der Große Kurfürst im Jahre 1660 — Friede von Oliva — die Befreiung Preußens von der polnischen Lehnshoheit durchgesetzt hatte, wurde durch seinen Sohn das Herzogtum Preußen zum Königreich erhoben (1701). Friedrich der Große brachte dann dem hartgeprüften Lande 1772 die Wiedervereinigung mit Westpreußen und dem

Ermland und damit die Möglichkeit zu einem neuen Aufschwung. Dieser blieb nicht aus, wenn auch Ostpreußen noch einmal aufs schwerste heimgesucht wurde. Der unglückliche Krieg 1806—1807 wurde überwiegend auf ostpreußischem Boden ausgefochten. Das Opferjahr 1813 nahm dem Lande das Letzte, was es besaß. Aber es wurde freudig geopfert, Ostpreußen wurde der Ausgangspunkt für die Befreiung Deutschlands vom napoleonischen Joch. Die folgenden hundert Jahre bringen endlich eine ungestörte Periode ruhiger Entfaltung, des wirtschaftlichen und kulturellen Aufblühens. Sie ist dann jäh unterbrochen worden durch den Weltkrieg, der Ostpreußen unmittelbar aufs schwerste getroffen und es wieder auf die abschüssige Bahn des unaufhaltsamen Niederganges herabgeschleudert hat.

Bereits die ersten Kriegswochen führten den Einbruch von zwei russischen Armeen aus Osten und Süden herbei. Die Schlacht bei Tannenberg befreite zwar das Land vom Feinde, aber schon nach wenigen Wochen erfolgte der zweite Einbruch. Die Winterschlacht in Masuren im Februar 1915 brachte dann wohl die endgültige Befreiung, aber 1500 Ortschaften waren vom Erdboden verschwunden, 35 Städte zerstört, 44 000 Gebäude niedergebrannt. Ostpreußische Tatkraft und die großzügige Opferbereitschaft des ganzen deutschen Volkes haben alles, was zerstört worden war, wieder aufgebaut — daß der Wiederaufbau zu mehr als zwei Dritteln noch während des Krieges durchgeführt wurde, muß als eine großartige deutsche Leistung bezeichnet werden — aber das bittere Ende des Weltkrieges und das Friedensdiktat von Versailles trafen Ostpreußen aufs neue mit verdoppelter Schwere.

Friedensdiktat von Versailles. Volksabstimmung

Das Friedensdiktat von Versailles traf Ostpreußen mittelbar, indem es den größten Teil von Westpreußen als sogenannten Korridor dem neu erstandenen polnischen Staate gewaltsam übereignete und damit den Zustand wieder herstellte, wie ihn der zweite Thorner Friede 1466 schon einmal geschaffen hatte. Mit welcher Wirkung, ist oben dargetan worden. Ostpreußen wurde aber auch unmittelbar getroffen: das Gebiet nördlich der Memel, 2656 qkm mit 141 238 Einwohnern, mußte an den Völkerbund — später Litauen, das Gebiet von Soldau, 501 qkm mit 24 787 Einwohnern, mußte an Polen abgetreten werden. Ueber die vier östlichen Restkreise Westpreußens, die jetzt als

Regierungsbezirk Westpreußen mit der Provinz Ostpreußen vereinigt sind, wie über den Regierungsbezirk Allenstein und den Kreis Oletzko des Regierungsbezirks Gumbinnen wurde die Volksabstimmung verhängt. Die Polen begründeten ihre Ansprüche auf diese Gebiete mit der Behauptung, sie wären zum großen Teile von polnischer Bevölkerung bewohnt. Sie stützten ihre Behauptung auf die Ergebnisse der Volkszählung von 1910, nach der im Abstimmungsgebiet Westpreußen bei einer Gesamtbevölkerung von 159172 Seelen 22194 Polen und 1581 Zweisprachige, im Abstimmungsgebiet Allenstein bei einer Gesamtbevölkerung von 557532 Seelen 71648 Polen, 172080 Masuren, 12494 Zweisprachige (deutsch-polnisch) und 7666 Zweisprachige (masurisch-deutsch) gezählt worden wären. Die Polen unterstellten dabei ohne weiteres, daß die Muttersprache gleichbedeutend mit Zugehörigkeit zur Nationalität, und daß masurisch einfach gleich polnisch zu setzen wäre. Das Ergebnis der Volksabstimmung hat in beiden Gebieten die Behauptung der Polen schlagend widerlegt. In Westpreußen stimmten 92,5 v. H. der Bevölkerung, im Abstimmungsbezirk Allenstein 97,5 v. H. für Deutschland. Diese Zahlen erhalten noch ein ganz anderes Gewicht, wenn man den Abstimmungskampf und den deutschen Erfolg auf dem Hintergrunde betrachtet, den die damalige Lage Deutschlands wie im besonderen Ostpreußens bildete. Zudem sind die Zahlen der Volkszählung 1910 von den Polen richtig wiedergegeben, die Volksabstimmungen haben tatsächlich in Gebieten stattgefunden, deren Bevölkerung in Westpreußen zu 14 v. H., im Gebiet Allenstein zu 48 v. H. nichtdeutscher Muttersprache waren. Nur waren die Schlüsse, die die Polen daraus zogen, falsch. Muttersprache und Nationalität lassen sich nicht ohne weiteres gleichsetzen, und die Masuren sind keine Polen.

Nationale Fragen

Die Polen haben die Volksabstimmung in Ostpreußen bekanntlich nicht anerkannt. Sie behaupten heute noch, nationale Ansprüche auf gewisse Teile Ostpreußens zu haben. In der Politik aber läßt sich die Abgrenzung der Nationalitäten nicht anders vornehmen als nach dem freien Willen der Bevölkerung. Danach ist die nationale Zugehörigkeit der Abstimmungsgebiete einwandfrei und endgültig durch die Abstimmung entschieden. Aber selbst wenn man diese Formulierung der nationalen Abgrenzung gleich

den Polen nicht anerkennt oder sie als strittig ansieht, selbst dann genügt eine kurze Darstellung der nationalen Zusammensetzung der ostpreußischen Bevölkerung, um zu beweisen, daß die Polen keine wirkliche Grundlage für ihre Ansprüche haben.

Die geschichtliche Entwicklung hat auch den Aufbau der ostpreußischen Bevölkerung bedingt. Der Orden besiedelte das eroberte Land mit deutschen Kolonisten aus den verschiedensten deutschen Stämmen, vornehmlich mit Ober- und Niedersachsen, Thüringern, Schlesiern. Das Altpreußentum ging, soweit es den fünfzigjährigen Krieg überstanden hatte, restlos im Deutschtum auf. Aber die Siedlung war auch geopolitisch beinflußt. Das Weichseltal und die fruchtbaren Ebenen Mittel- und Nordostpreußens nahmen ausschließlich den ersten, vollen Strom der deutschen Kolonisten auf. Der Waldgürtel aber an der Süd- und Ostgrenze des Landes, das Gebiet des Baltischen Höhenrückens und die südlich anschließende, von Sümpfen und Mooren durchsetzte Sandebene wurden erst hundert und mehr Jahre später in Angriff genommen, das heißt, zu einer Zeit, da der deutsche Kolonistenstrom bereits dem Verebben nahe war. Zwar gelang es dem Orden und den ersten preußischen Herzögen noch, im Schutze der Wildburgen — so genannt, weil sie die spärlichen Durchgangsstraßen durch den Waldgürtel, die „Wildnis" sperrten — Städte mit deutscher Bevölkerung zu gründen. Aber auf dem platten Lande vermochte der Orden die Siedlung nur dadurch in Gang zu bringen, daß er neben deutschen auch altpreußiche Bauern ansetzte, die er zum Teil aus den nördlichen Gauen nach dem Süden umsiedelte. Trotzdem blieb das Gebiet dünn bevölkert, bis dann mit Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts die Einwanderung von masovischen Siedlern von Süden her über die Grenze einsetzte. Sie nahm immer stärkeren Umfang an, schob sich immer weiter nach Norden vor und führte die vollständige Besiedlung der ehmaligen Wildnis durch. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich im Nordosten der Provinz ab, wo eine starke Einwanderung von Litauern erfolgte; doch soll an dieser Stelle nicht weiter darauf eingegangen werden. (Näheres siehe Bändchen „Memelland".) Die masovischen Siedler verloren jede Verbindung mit ihrem Stammvolke, nicht allein, weil sie auf dem Boden eines fremden Staates seßhaft geworden waren, sondern vor allem, weil sie gemeinsam mit Altpreußen und Deutschen das evangelische

Bekenntnis annahmen. Da der gleiche Boden sie trug, das gleiche Bekenntnis sie verband, war es unausbleiblich, daß die drei Volkselemente sehr bald durch Blutmischung aufs innigste zusammenwuchsen. Es entstand ein neues Volkstum, das Masurentum. Dieses ist in sprachlicher Hinsicht durch eine gewisse Zweiteilung bemerkenswert. Als Haussprache benutzt es den seiner Herkunft nach polnischen Dialekt der masovischen Einwanderer, welche zahlenmäßig das stärkste der drei miteinander verschmelzenden Volkselemente bildeten, zumal die Altpreußen leichter die polnische als die deutsche Sprache übernahmen. Eine eigene Kultur vermochte das Masurentum nicht zu schaffen, was es an Kulturgut besitzt, ist deutsch. So ist auch deutsch die Schrift und Verkehrssprache des Masurentums. Es gibt keinen Masuren, der nicht auch die deutsche Sprache benutzen würde. Das junge Volkstum entwickelte zunächst einen starken Ausdehnungsdrang, weit über die Grenzen der Landschaft Masuren hinaus. Aber seine Kraft wurde gebrochen, als im schwedisch-polnischen Kriege 1656 ein polnisch-tatarisches Heer in das Land einfiel und geradezu unmenschlich hauste. Städte und Dörfer gingen in Flammen auf, die Menschen wurden zu Zehntausenden erschlagen oder in die Sklaverei verschleppt. Von diesem tödlichen Schlage, den ihm diejenigen, die es heute als „unerlösten Bruderstamm" für sich beanspruchen, die Polen, zufügten, hat sich das Masurentum nicht mehr erholt. Es setzte eine immer stärker werdende deutsche Einwanderung in die verödeten Landstriche ein, und gleichzeitig begann der Uebergang des Masurentums zum Deutschtum. Dieser Uebergang erfolgte und erfolgt heute noch durchaus zwangslos als Selbsteindeutschung. Es ist ein natürlicher Entwicklungsvorgang, denn jeder einzelne Masur hat den Wunsch, aufzusteigen, um kulturell, aber auch sozial den Deutschen gleich zu sein. In den letzten Jahrzehnten hat dieser Drang ein rascheres Tempo angenommen; denn im Jahre 1910 wurden — wie oben angegeben — noch 172 080 Masuren mit masurischer Muttersprache und 7666 Zweisprachige gezählt. Die Volkszählung von 1925 — dazwischen liegt das gemeinschaftliche Erlebnis des Krieges und der erfolgreichen Volksabstimmung — ergab demgegenüber nur noch 41 375 mit masurischer Muttersprache und 23 913 Zweisprachige. Was endlich die nationale Stellung der Masuren betrifft, so ist die Volksabstimmung von 1920 unbestreitbar als eindeutige und end-

gültige Willenskundgebung aufzufassen. In den masurischen Kreisen wurden 279 729 Stimmen für Deutschland und nur 1978, das ist 0,7 Prozent für Polen abgegeben. Wenn nun der Einwand erhoben wird, daß die Volksabstimmung ja nur den Zugehörigkeitswillen zu dem einen oder dem anderen Staat, nicht aber zu der einen oder anderen Nation feststellen sollte, so ist dem entgegenzuhalten, daß der Abstimmungskampf von beiden Seiten durchaus als nationaler Kampf aufgefaßt und durchgeführt wurde. Daß das Ergebnis mit Recht auch national bewertet wird, bestätigen im übrigen alle Wahlen zu den Parlamenten, die nach 1920 stattgefunden haben. Bei diesen Wahlen traten die Polen mit ausschließlich nationaler Parole auf, für Masuren gründeten sie eine besondere polnisch-masurische Vereinigung. Das Ergebnis war genau so kläglich wie in der Volksabstimmung. Die polnisch-masurische Vereinigung erzielte am 4. Mai 1924 nur 1064 Stimmen, am 7. Dezember 1924 gar nur noch 481 Stimmen.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß die Polen in keiner Hinsicht berechtigt sind, das Masurentum als „polnischen, wenn auch national noch nicht aufgeklärten Bruderstamm" für sich in Anspruch zu nehmen. Anders steht es um die Fremdsprachigen im südlichen Ermland und im Regierungsbezirk Westpreußen. Sie geben Polnisch als ihre Muttersprache an und bilden in der Tat eine echte polnische Minderheit. Jedoch nur zu einem Teil; denn auch hier erweist es sich, daß Muttersprache nicht gleich Nationalität zu setzen ist. Auch hier ist eine sprachliche Minderheit vorhanden, die, gleich dem Masurentum, eine starke Neigung zeigt, im Deutschtum aufzugehen. Im südlichen Ermland, d. h. in den Kreisen Allenstein-Land und -Stadt und dem Kreise Rössel wurden 1910 noch 41 527 mit polnischer Muttersprache und 3787 Zweisprachige gezählt; 1925 nur noch 11 635 mit polnischer Muttersprache und 13 607 Zweisprachige. Im Regierungsbezirk Westpreußen wurden 1910 noch 22 194 mit polnischer Muttersprache und 1581 Zweisprachige, 1925 nur noch 6337 mit polnischer Muttersprache und 6048 Zweisprachige gezählt. Noch erheblich geringere Zahlen hat das Polentum in Ostpreußen aufzuweisen, sobald es sich als nationale Minderheit kundgibt. Bei der Volksabstimmung erzielten die Polen im Ermland 5971, in Westpreußen 7977 Stimmen; bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 im Ermland 7591, in Westpreußen 3646

Stimmen; am 7. Dezember 1924 im Ermland 3191, in Westpreußen 2426 Stimmen. Gegenüber einer Gesamtbevölkerung Ostpreußens von zweieinviertel Millionen hat also weder die sprachlich-polnische noch die national-polnische Minderheit irgendein Gewicht, da sie noch nicht 1 v. H. ausmacht. Es handelt sich ja in der Tat auch, historisch betrachtet, nur um zwei kleine, versprengte Splitter polnischen Volkstums. Da nämlich infolge der endlosen kriegerischen Verwickelungen des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts, wie auch durch ihre Begleiterin, die Pest, das südliche Ermland und der Kreis Stuhm in Westpreußen stark entvölkert wurden, wanderten polnische Kolonisten dort ein und wurden in den verödeten deutschen Dörfern seßhaft. Beide Gebiete sind Inseln, die inmitten deutschen Gebiets liegen. Ihre Bevölkerung ist auch nicht rein polnisch, sondern in allen Dörfern sitzt das Polentum neben dem Deutschtum. Und nur in einigen wenigen ist das Deutschtum in der Minderheit. Es handelt sich also in beiden Fällen um inselartig umgrenzte, inmitten deutschen Wohnraumes gelegene Gebiete, die ursprünglich deutsch besiedelt waren, deren rein deutscher Charakter aber durch eine spätere polnische Einwanderung getrübt worden ist. Um nichts mehr. Und es ist daher vollkommen unberechtigt, wenn die Polen diese Gebiete als polnisch bezeichnen und beanspruchen.

Großpolnische Propaganda. Deutsche Abwehrarbeit

Um ihren Ansprüchen auf die ehemaligen Abstimmungsgebiete Ostpreußens den Boden zu schaffen, der ihnen, wie die Ergebnisse der Abstimmungen bewiesen haben, fehlt, haben die Polen einen großen Propagandaapparat ins Leben gerufen. Es ist das der „Bund der Polen in Ostpreußen“ mit dem Sitz in Allenstein. Er besitzt zahlreiche Ortsgruppen in den stärker polnisch durchsetzten Dörfern. Die wichtigsten Zweige des Polenbundes sind der „Polnisch-katholische Schulverein“, der „Verband der polnischen Jugendvereine“ und die wirtschaftlichen Genossenschaften der „Bank Ludowy“ (Volksbank) und des „Rolnik“ (landwirtschaftliche An- und Verkaufsgenossenschaft). Daneben laufen noch mancherlei Frauenvereine, Gesangvereine, Berufsvereine. Als Organisation des bodenständigen Polentums hat der Polenbund keine große Bedeutung, da die Zahl seiner Mitglieder gering ist, wohl aber als Propagandaapparat. Er ist nichts anderes als der in Ostpreußen angesetzte Außenposten der großpolnischen Organisation in

Polen, vornehmlich des „Westmarkenvereins“ in Posen und des „Vereins zur Errettung Masurens“ in Warschau. Die Aufgabe des Polenbundes ist: die sprachlich-polnische Minderheit im Ermland und in Westpreußen, die ja, wie oben dargetan, nur zu einem Teil polnisch nationalbewußt ist, andererseits aber auch das Masurentum dem großpolnischen Gedanken zu gewinnen. Für Masuren wurde eine besondere, bereits erwähnte „Masurische Vereinigung“, Sitz in Ortelsburg, gegründet, die ein eigenes Blatt, den „Mazurski Przyjaciel Ludu“, und auch eine eigene Bank, die „Bank Mazurski“ besitzt. Das Organ des Polenbundes ist die „Gazeta Olsztynska“ in Allenstein.

Die deutschgesinnte Bevölkerung in Masuren und Ermland ist in den Heimatvereinen des „Masuren- und Ermländerbundes“, in Westpreußen im „Verband der westpreußischen Heimatvereine“ organisiert. Die politische und kulturelle Abwehrarbeit gegen die großpolnische Propaganda leisten die „Ostdeutschen Heimatdienste“ in Allenstein und Marienburg, ferner der „Kulturverein Masuren-Ermland“ in Allenstein. Die genannten Heimatdienste besitzen im Verein mit dem Tilsiter Heimatdienst einen eigenen Heimatverlag in Allenstein, der außer anderem den „Masurischen Volkskalender“ und das Verbandsorgan der Heimatdienste, die Wochenschrift „Unsere Heimat“ herausgibt.

Die Gefährdung der Wirtschaft. Der Korridor

Die ostpreußische Frage ist für uns wie für die Polen nicht nur eine politische und nationale, sondern auch eine wirtschaftliche. Die Rechnung der Polen geht dahin, daß Ostpreußen wirtschaftlich für die Dauer nicht zu halten ist; daß aber eine wirtschaftliche Katastrophe für Ostpreußen gleichzeitig eine nationale Katastrophe bedeuten würde. Die jetzt schon wieder einsetzende starke Abwanderung — in anderthalb Jahren wurden 160 000 Abwandernde gezählt — würde sich um ein vielfaches erhöhen, und wer wollte es dann verhindern, daß billige und anspruchslose polnische Arbeitskräfte in das verödende Land in Massen einströmen.

Da Polen heute bereits doppelt so dicht bevölkert ist als Ostpreußen, und infolge seiner eigenen wirtschaftlichen Notlage unter Uebervölkerungsdruck steht, so wäre ihm ein solches neues und so günstig gelegenes Absatzgebiet für seinen Bevölkerungsüberschuß hoch willkommen. Es würde gleichzeitig durch friedliche Durchdringung eine steigende Polonisierung Ostpreußens erreichen, auf Grund deren

politische Ansprüche und Forderungen nicht ausbleiben würden. Ihr Ziel würde die Meeresküste sein von Hela bis Memel, mit drei guten Häfen: Danzig, Königsberg, Memel. Denn daß Danzig und Memel in eine ostpreußische Katastrophe mit hineingerissen würden, kann nicht bezweifelt werden.

Zugegeben werden muß, daß diese Rechnung der Polen sich in den Bahnen des Möglichen bewegt. Die ostpreußische Wirtschaft ist aufs schwerste bedroht, und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch würde in der Tat auch einen nationalen Zusammenbruch bedeuten. Die Gefahrenquelle aber ist einzig und allein in der heutigen Lage Ostpreußens zu suchen. Der Weichselkorridor wie der polnische Dünakorridor (das Wilnagebiet) wirken erdrosselnd. Die Bedeutung der ostpreußischen Wirtschaft vor dem Kriege beruhte auf zwei Grundlagen: dem Transithandel und dem Ueberschuß an eigenen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen. Der Transithandel ist durch die Auswirkung des Krieges und die neuen Grenzen im Osten restlos vernichtet. Der Königsberger Hafen war vor dem Kriege eine wichtige Einfuhrpforte für Rußland. Und in umgekehrter Richtung strömten ihm gewaltige Mengen von Landesprodukten, Getreide, Holz, Flachs, Häute aus weiten Teilen Rußlands zu, um auf die großen Bahnen des Weltverkehrs umgeleitet zu werden. Dieses ausgedehnte Hinterland hat der Königsberger Hafen verloren, aus einem osteuropäischen Handelsplatz ist ein Provinzhafen geworden, der schwer um seine Existenz zu ringen hat.

Die zweite Grundlage der ostpreußischen Wirtschaft ist zwar nicht vernichtet, wohl aber aufs schwerste bedroht. Und zwar durch den Weichselkorridor. Die räumliche Trennung Ostpreußens von seinem Mutterlande wirkt sich in vielfachster Weise verhängnisvoll aus. Auf die geistige und seelische Belastung, die der Korridor für die ostpreußische Bevölkerung darstellt, soll nicht näher eingegangen werden, obwohl sie für eine Provinz, die vom Mutterlande getrennt um ihr Leben zu ringen hat, von höchster Bedeutung ist. Aber auch rein wirtschaftlich betrachtet, ist der Korridor für die Dauer untragbar. Durch das sogenannte Korridorabkommen vom April 1921 ist der Durchgangsverkehr durch den Korridor auf den Eisenbahnen zwar geregelt worden. Aber der Binnenwasserverkehr ist noch immer vollkommen unterbunden. Andererseits ist auch die Eisenbahnverbindung

so sehr allen Zufälligkeiten ausgesetzt, wie Streik, innere Unruhen, Kriegsgefahr, die fernzuhalten Deutschland nicht in der Lage ist, daß daraus ein dauerndes Moment der Unruhe und Unsicherheit entstanden ist. Die Folge davon ist eine aufs äußerste gesteigerte Kreditnot in Ostpreußen. Kredit ist nun einmal Vertrauen, und für den Geldmarkt gilt Ostpreußen als gefährdetes Gebiet. Kapitalmangel und um 2 bis 3 v. H. höher als im übrigen Deutschland liegende Zinssätze drücken um so schwerer, als der Korridor der ostpreußischen Wirtschaft gleichzeitig die wichtigsten Absatzgebiete geraubt hat. Der Handel Ostpreußens mit den Nachbarprovinzen Posen und Westpreußen betrug 1913 an Ware 220 766 Tonnen, an Vieh 191 299 Stück. Heute ist er gänzlich unterbunden und neue, um ein mehrfaches entferntere Absatzgebiete mußten gewonnen werden. Die größere Entfernung bedingt erhöhte Frachtkosten, die an und für sich schon durch den Korridor erheblich gesteigert sind. Da andererseits aus der gleichen Ursache auch die Preise für die unbedingt notwendigen Rohstoffe, wie Kohle und künstliche Düngemittel, eine starke Erhöhung erfahren haben, so ist die ostpreußische Wirtschaft nach zwei Seiten aufs schwerste belastet: erhöhte Rohstoffpreise, erhöhter Zinsfuß und Kapitalmangel drücken die Gestehungskosten der Erzeugnisse herauf, erhöhte Handelsunkosten beim Absatz drücken den Reinertrag herunter. Die unausbleiblichen Folgen sind: Unrentabilität der Wirtschaft und Abwanderung.

Bei dieser kurzen Betrachtung sind nur die Momente in Anschlag gebracht worden, die Ostpreußen infolge seiner Lage besonders belasten. Daß seine Wirtschaft an der allgemeinen Notlage der gesamtdeutschen Wirtschaft außerdem noch schwer mitzutragen hat, ist selbstverständlich. Und das um so mehr, als der von Natur wirtschaftlich Schwache unter der allgemeinen Last schwerer zu leiden hat als der wirtschaftlich Stärkere, der, auf eine ganz andere Grundlage gestützt, sich neue Kraftquellen zu erschließen vermag. Die Sonderbelastung durch den Korridor aber vermag die ostpreußische Wirtschaft aus eigener Kraft nicht zu tragen. Vorübergehend kann ihr durch eine finanzielle Stützung der Landwirtschaft geholfen werden, auf die Dauer allerdings nur durch die Beseitigung des Korridors.

Einführende Schriften

Bruno Schuhmacher, Heimatgeschichte von Ost- und Westpreußen, Marienwerder, 1925, Verlag Wendt Groll.

Karl Lohmeyer, Geschichte von Ost- und Westpreußen, Gotha, Perthes, 1908.

Heinrich v. Treitschke, Das deutsche Ordensland Preußen. Hirzel, Leipzig.

Dr. Leo Witschell, Die völkischen Verhältnisse in Masuren und dem südlichen Ermland, Hamburg, L. Friedrichsen & Co., 1926.

Dr. Artur Döhring, Ueber die Herkunft der Masuren, Königsberg i. Pr., Ferdinand Beyers Verlag, 1910.

Dr. Joh. Fürst, Der Widersinn des polnischen Korridors. Berlin, Deutsche Rundschau, 1926.

Erich Keyser, Der Kampf um die Weichsel. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1926.

Bilder zur Entwicklung und zeitigen Lage der ostpreußischen Landwirtschaft, bearbeitet von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Königsberg i. Pr., Ostpreußische Verlagsanstalt, 1925.

Gerhard Lawin, Die Volksabstimmung in Westpreußen. Gräfe & Unzer, Königsberg i. Pr., 1926.

Max Worgitzki, Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen, K. F. Koehler, Leipzig, 1921.

Karl Plenzat, Ostpreußische Heimatliteratur, Verlag der Hauptwohlfahrtsstelle Königsberg i. Pr. Enthält eine Zusammenstellung der gesamten über Ostpreußen erschienenen Literatur.

Soldau

Solange als es eine ostpreußische Geschichte gibt, liegt Ostpreußens Südgrenze gegen Polen fest. Sie ist niemals von Polen umstritten oder gewaltsam geändert worden, obwohl doch Gelegenheiten dazu sich im Laufe der Jahrhunderte genug geboten hätten. Man hatte eben die „Ansprüche" auf Südostpreußen damals noch nicht entdeckt. Das blieb der großpolnischen Propaganda in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vorbehalten, und das Friedensdiktat von Versailles bot die Möglichkeit, aus dieser Entdeckung die Nutzanwendung zu ziehen. Dem Süden der Provinz wurde die Volksabstimmung auferlegt. Da man des Erfolges nicht ganz sicher war, so wurde ein Stück masurischen Bodens von vornherein gewaltsam dem neuen Staate Polen übereignet, und zwar die südwestliche Hälfte des Kreises Neidenburg mit der Stadt Soldau. Der Eisenbahnknotenpunkt Soldau sollte auf alle Fälle Polen gesichert werden. Andere Gründe für diese Gewalttat gibt es nicht. Denn das Gebiet von Soldau ist ein echtes Stück masurischen Bodens und seine Bevölkerung unterscheidet sich in nichts von der des übrigen Masurens. Zum mindesten hatte sie das gleiche Recht auf eine Volksabstimmung, anstatt wie ein „Stein auf dem Brett verschoben zu werden".

Bereits in den ersten Jahren des vierzehnten Jahrhunderts erbaute der Orden das feste Haus Soldau. Wie überall entwickelte sich auch an dem Fuße dieser Ordensburg eine deutsche Stadt, sie erhielt im Jahre 1344 ihre Handfeste. Das flache Land wurde genau so besiedelt wie ganz Masuren. Und auch an dem harten Grenzlandschicksal Ganzmasurens hat das Gebiet von Soldau sein schweres Teil zu tragen gehabt. Der Einfall der Tataren 1656 blieb ihm nicht erspart, und mehrfach ist die Stadt von den Polen niedergebrannt worden. Auch der Russeneinfall von 1914 traf die Stadt mit Verwüstung und Brand. Aber den schwersten Schlag erlitt das Gebiet doch dadurch, daß es jetzt

gewaltsam dem polnischen Staate einverleibt wurde. 501 qkm deutschen Bodens, die Stadt Soldau, 43 Landgemeinden und 21 Gutsbezirke mit zusammen 24 000 Einwohnern, wurden Ostpreußen entrissen. Sieben Jahre polnischer Herrschaft haben genügt, um die Zahl der Deutschen und Masuren im Soldauer Gebiet auf ein Fünftel zusammenschmelzen zu lassen.

Kaum hatte im Jahre 1920 die polnische Verwaltung das Gebiet übernommen, als eine rücksichtslose Polonisierung in Angriff genommen wurde. Hier hatte man nun die Gelegenheit, die von der großpolnischen Propaganda aufgestellte Theorie von dem „polnischen Bruderstamm in Masuren" in die Praxis umzusetzen. Masurisch wurde auf dem Verwaltungswege für Polnisch erklärt, alle Kinder mit masurischer Muttersprache wurden dem polnischen Unterricht zugeführt. Eine besondere Kommission prüfte in allen Orten die Nationalität der Kinder und setzte sie einfach nach ihrem Gutdünken fest. Heute gibt es in dem ganzen Gebiet nur noch 850 Kinder, denen das Recht auf deutschen Unterricht belassen worden ist. Alle Proteste der deutschen und masurischen Eltern gegen diese unglaubliche Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts waren nutzlos. Der einzige Erfolg war der, daß den Masuren im Soldauer Lande die Zugehörigkeit zum Deutschtumsbunde verboten und schließlich die Ortsgruppe des Bundes in Soldau überhaupt geschlossen wurde.

Eine besondere Förderung ihrer Polonisierungsbestrebungen im Soldauer Lande wurde der polnischen Verwaltung durch die evangelische Kirche Polens geleistet. An ihrer Spitze steht bekanntlich der Generalsuperintendent Bursche. Ihm und seinen Helfershelfern war die polnische Propaganda in Masuren anläßlich der Volksabstimmung anvertraut. Da sie dort einen kläglichen Mißerfolg erlitten, stürzten sie sich nun mit verdoppeltem Eifer und rücksichtslosem Fanatismus auf das Soldauer Land. Hier erhofften sie ein leichtes und erfolgreiches Arbeiten, da die Bevölkerung, ihrer natürlichsten Rechte beraubt, einfach wehrlos war. Im Jahre 1922 wurde in Soldau ein „Polnisch-masurischer Verein" gegründet und ein evangelisches Lehrerseminar errichtet. Eine kirchliche Zeitschrift, die „Gazeta Mazurska", betreibt die polnische Propaganda in der Form scheinbar harmloser religiöser Betrachtungen. Alljährlich erscheinen auch ein „masurischer" Kalender und sonst noch

allerlei Schriften, die alle in der gleichen Weise das Religiöse zu politischen Zwecken mißbrauchen.

Diesem geschlossenen Ansturm von Entrechtung, Verwaltungsschikanen und Propaganda ist der Erfolg, wie oben festgestellt wurde, leider nicht ausgeblieben. Wirtschaftliche Nöte taten ein übriges, um die Abwanderung des Deutschtums aus dem Soldauer Lande zu beschleunigen. Aber es scheint, daß der Höhepunkt des polnischen Erfolges bereits überschritten ist. Was an Deutschen und Masuren heute noch dort auf dem angestammten Boden sitzt, ist durch die Jahre der Verfolgung und der Leiden so gestählt und so fest zusammengeschweißt, daß kein Gewaltmittel des rücksichtslosen und fanatischen Gegners imstande sein wird, diesen kleinen und doch wichtigen Vorposten des Deutschtums zu zerstören.

Buchdruckerei D. Sidow & Co. Brandenburg (Havel)